

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1846

15.8.1846 (No. 221)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, den 15. August.

No. 221.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbj. 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 fr. und 4 fl. 15 fr.
Einschickungsgebühr: die gespaltene Preitzelle oder deren Raum 4 fr. Briefe und Gelder frei.

1846.

Deutschland.

Karlsruhe, 14. August. Ihre Großherzoglichen Hoheiten der Markgräfin und die Markgräfin Wilhelm sind gestern Abend von Kirchheim wieder hier eingetroffen.

△ Karlsruhe, 14. August. Nach Eröffnung der heutigen (56sten) öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer hat der Präsident den Entwurf der beschlossenen Adresse an Seine Königliche Hoheit den Großherzog wegen Hofstein verlesen, und wurde solche von der Kammer genehmigt. Mehrere Abgeordnete übergeben hierauf Petitionen, und der Abg. Busch kündigt in Folge der gestrigen Abstimmung über die Verhältnisse der Deutsch-Katholiken eine Motion an, die er in der nächsten Zeit zu begründen gedenkt, nämlich auf Wiederherstellung der Selbstständigkeit und Freiheit der katholischen Kirche. Der Abgeordnete Welker richtet an den Präsidenten die Bitte, die Geschäftsordnung in Beziehung auf die Theilnahme der Herren Regierungskommissäre an den Debatten zu handhaben. Es gewähre nämlich die Geschäftsordnung den Regierungskommissären das Recht, jederzeit das Wort zu nehmen, allein sie bestimme auch, daß, wenn dieselben nach geschlossener Debatte noch neue Gründe und neue Verhältnisse vorbringen, die Diskussion wieder aufgenommen werde, was bisher nicht immer und namentlich gestern nicht eingehalten worden, und doch müsse man annehmen, daß die Reden der Regierungskommissäre nicht ohne Einwirkung auf die Abstimmung seyen. Der Präsident sagt zu, daß er diese Bemerkung berücksichtigen werde. Denig übergibt den Bericht über das Budget des Eisenbahnbaues u. bemerkt, daß, nachdem der Bericht schon bearbeitet gewesen, die Kommission von der Regierung noch Mittheilungen über einen neuen Zug über Lörrach erhalten, und noch weitere Mittheilungen zugesagt seyen, die nun bei Abfassung des Berichts nicht mehr hätten benützt werden können, daß aber dieselben bei der Diskussion zu berücksichtigen seyn dürften. Mathy übergibt gleichfalls einen Bericht über die Errichtung einer Girobank und nachträglich eine Petition aus dem Bezirksamt Ottenheim, um Aufhebung der Fußbausteuer. — Die Tagesordnung führt sodann zur Diskussion des Berichts des Abg. Welker über das ordentliche, nachträgliche und außerordentliche Budget der Postverwaltung für die Jahre 1846 und 1847. Nach Eröffnung der allgemeinen Diskussion bringt der Abgeordnete Hecker einen Erlaß des großherzoglichen Ministeriums des Auswärtigen vom 23. Juli 1845 zur Sprache, worin bestimmt ist, daß im Interesse des Dienstes nicht bloß dem Minister, Referenten und Direktor der Post- und Eisenbahnverwaltung, sondern auch verschiedenen Klassen von Eisenbahnbeamten, Technikern, Baukonduktoren u. A. Freifahrten für die Fahrten auf der Eisenbahn gegeben werden. Er sieht in einer solchen Charte blanche Gelegenheit zu Mißbräuchen, und glaubt, wenn solche Beamte im Dienste eine Fahrt zu machen haben, so sollen sie, wie alle andern Beamten auch, welche Dienstreisen zu machen haben, die Fahrt bezahlen und dann ihre Rechnung vorlegen. Er verlangt deshalb, daß dieser Erlaß zurückgenommen werde. v. Jykein, Brentano, Baum und Gottschalk äußern sich in gleichem Sinne. Man anerkenne die Nothwendigkeiten solcher Dienstfahrten, und wolle nicht, daß diese Beamten dieselben aus ihrem Sack bezahlen, aber es dürfe auch nicht das Mittel zu Vergnügungstouren auf Kosten der Eisenbahnkasse gegeben werden. Es verstehe sich übrigens von selbst, daß der Direktor damit nicht gemeint seyn könne, es sey sogar wünschenswerth und gewiß im Interesse der Bahn und des Publikums, wenn derselbe recht oft die Bahn bereise. Von der Regierungsbank wird bemerkt, daß allerdings diese Verordnung zu Gunsten von Beamten beim Eisenbahndienst bestehe, wie dies auch anderwärts und namentlich auf den belgischen Eisenbahnen der Fall sey, daß sie aber nur im Interesse des Dienstes und zur Ersparung von Kosten gegeben worden sey, nicht aber zur Beförderung des Vergnügens der Beamten. Die Beamten beim Betrieb müßten begreiflich fortwährend mit dem Dienste sich vertraut erhalten, so wie die Beamten des Wasser- und Straßenbaues unausgesetzt die Bauverhältnisse zu beobachten hätten; zu dem Ende seyen öftere Reisen auf der Eisenbahn erforderlich. Gestatte man ihnen keine freien Fahrten, so hätten sie

Diäten anzusprechen, die sie jetzt nicht bezögen, und die ungleich größere Kosten verursachen würden. Solche Reisen fänden nur in Folge von Instruktionen Statt, und wenn einmal ein Mißbrauch mit unterlaufe, dem man nicht das Wort rede, so werde er bestraft, und man solle solche Unterschleife, von denen einzelne Redner gesprochen, nur zur Anzeige bringen. Jedenfalls sey es aber von höchster Wichtigkeit, daß die betreffenden Beamten viel reisen, und es wäre nur zu wünschen, daß sie selbst noch häufiger, als bis jetzt geschehen, die Eisenbahn befahren könnten. Vuhl glaubt, der Vorstand, die unmittelbar unter ihm stehenden Beamten und jene in den Bezirken sollten Freifahrten erhalten. Schaaff findet es auffallend, wenn man in dieser Beziehung bei uns etwas einführen wollte, was in der ganzen Welt nicht bestehe. Es liege in dem Interesse des Publikums, daß die betreffenden Beamten so oft als möglich reisen; ja die sogenannten Gelegenheitsreisen seyen viel nützlicher, als die Dienstreisen, da bei Letztern das Dienstpersonal Alles in der Ordnung halte, während der Beamte, wenn er unerwartet komme, mehr Gelegenheit habe, den Dienst zu beobachten und zu kontrolliren. Nachdem noch Busch und Knapp sich für die Ansicht des Abg. Schaaff ausgesprochen, wird auf den Antrag des Abg. Trefurt beschlossen, die Regierung möge die betreffende Verordnung modifiziren. Bei der speziellen Diskussion, zu welcher sofort übergegangen wird, veranlaßt die Anstellung von acht Konduktoren zur Besorgung der Briefpakete und Postbeutel eine kurze Besprechung, bei welcher auf die allgemeine Klage wegen Verspätung der Briefpost seit Einführung der Eisenbahn aufmerksam gemacht wird, ohne daß übrigens die Kommission gegen die betreffende Forderung eine Einwendung macht. Oberpost- und Eisenbahndirektor v. Mollenbeck stellt die mancherlei Klagen keineswegs in Abrede, bemerkt aber, daß manchen Uebelständen, welche bei der Einführung einer durchaus neuen Einrichtung, wie unser Eisenbahnwesen, unvermeidlich sind, bereits abgeholfen wurde, und daß die Verwaltung bemüht ist, jedem billigen Wunsche entgegenzukommen. Aber das sey doch wohl auch natürlich, daß bei der außerordentlichen Menge von Briefen und Paketen, die täglich befördert werden, bei dem zahlreichen Dienstpersonal einzelne Versehen stattfinden können. Es bleibe daher nichts übrig, als jeweils schnelle Anzeige. Legationsrath v. Böckh bemerkt noch, daß früher die Briefe auch in der Nacht befördert worden, was natürlich jetzt, da wir nur Tag-Eisenbahnzüge haben, nicht der Fall ist. Ober-Post- und Eisenbahndirektor v. Mollenbeck erklärt in Folge einer desfallsigen Bemerkung vom Abg. Helbing, daß in Betreff einer Ruralpost bereits Vorbereitungen getroffen werden, und ohne Zweifel schon am nächsten Landtage eine Vorlage stattfinden könne. Diese Erklärung wird mit lebhafter Befriedigung von der Kammer entgegengenommen. — Bei dem Tit. II. Direktion der Posten und Eisenbahnen, hat die Minorität der Kommission nach ausführlicher Begründung den Antrag gestellt: in einer Adresse an Seine Königliche Hoheit den Großherzog die Bitte zu stellen: a) die Kammer erkenne es im Interesse des Baues, Betriebes und der Erhaltung der Eisenbahn für dringend nothwendig, daß die Bau- und Betriebsverwaltung der Eisenbahn in eine Centralstelle unter einem Ministerium vereinigt werde; die Regierung möge daher die diesfallsige Organisation entwerfen lassen und der Kammer zur Zustimmung vorlegen; b) bis dahin aber den für zwei weitere technische, bei der Zentralpostkasse anzustellende Beamte geforderten 3200 fl. die Zustimmung nicht erteilen.

Die Majorität der Kommission, aus 9 Mitgliedern bestehend, glaubt, daß solche Aenderung in der Organisation auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen werde, obgleich sie das Gewicht der hierfür vorgetragenen Gründe nicht verkennet. Sie findet jedoch auch in diesem Falle nur die Nothwendigkeit der Anstellung eines weiteren technischen Beamten für begründet, und hält die Anstellung eines weiteren Bauinspektors für nicht nöthig, indem diese Geschäfte wie bisher fort versehen werden können. Ihr Antrag geht daher dahin:

- für einen weiteren technischen Referenten 1400 fl. zu bewilligen, dagegen
- die im nachträglichen Budget weiter geforderten 1800 fl. nicht zu genehmigen.

Das Zündlicht.

(Fortsetzung.)

Am nächsten Morgen überraschte mich, als Berthold schon ausgegangen war, der Besuch einer schlanken Blondine, welche nach erhaltener Antwort auf die Frage: ob hier Herr Berthold logierte? mir um den Hals fiel, mich küßte, ihren lieben Vetter nannte, und sich auf mein Zureden, daß sie sich in der Person irre, gar nicht beruhigen wollte, sondern dabei stehen blieb: ich müsse ihr Vetter Berthold seyn, das habe ich gleich beim ersten Anblick empfunden, und so gut, als sie mir sey, könne man Einem, der nicht verwandt, gar nicht gleich werden. Dabei schaute sie mich auf handbreiter Entfernung mit einem Paar lichtblauer Augen so treuherzig an, wie ich mir lieblosend die Wangen, welche zu Purpur entbrannten, und brachte mich in solche Verlegenheit, daß ich, um diese zu enden, plötzlich die Gelegenheit ergriff und mich entfernte. Glücklicherweise hatte ich nicht übrig, ich mußte fürchten, sie würde mich festhalten, rief ich vom Flur ihr zu, daß ich einen höchst nothwendigen Gang habe, und ließ sie allein zurück, damit sie ihren wahren Vetter erwarten konnte.

Ich ging in einige Kaffeehäuser und Restaurationen, und endlich, da meine Kasse mir nicht viel erlaubte, kam ich wieder in unser Quartier zurück. Siehe, die blaueaugige Cousine war noch da und erwartete ihren Vetter.

„Gott sey Dank, daß Sie nur wiederkommen!“ rief sie mir freundlich entgegen, „nun dürfen Sie auch nicht mehr fort.“

Damit verschloß sie mir, ehe ich mich dessen verah, die Thür, und ich schwitzte vor Angst, wie eine gestopfte Gans.

„Gott, Sie sind gar zu einsylbig,“ rief endlich Auguste, dies war der Name meiner Gesellschafterin, „sollte man nicht meinen, Sie fürchteten Alle meines Ge-

schlechts! Ich freue mich wie ein Kind, Sie kennen zu lernen, wünsche, daß Sie mein Vetter seyn mögen, den andern begehre ich gar nicht zu sehen, und Sie haben für mich nicht einmal einen freundlichen Blick!“

Ich glaube, sie wäre noch bei mir, und ich vor Langerweile und Vorbesorgniß gestorben, wenn nicht ein Zufall mich von ihr befreit hätte.

Der Kellerer kam auf mein Klingeln, und Auguste mußte sich zum Dessinen der Thür bequemen; er flüßerte ihr einige Worte zu, und darauf entfernte sie sich, ohne wiederzukommen. Berthold kam erst spät in der Nacht zurück; ich erzählte ihm, was mir inzwischen begegnet war, und mußte von ihm Glückwünsche darüber anhören, daß ich nach seiner Meinung die Eroberung seiner Cousine gemacht hatte.

Er forschte mich genau aus, wie sie mir gefallen hatte, lachte, als ich sie zwar hübsch nannte, sie mich aber durchaus nicht ansprechend fand, und meinte, wenn sie wiederkäme, würde ich ihre Vorzüge näher prüfen und erkennen. Dabei gab er mir Andeutungen, die mir herzlich zuwider waren.

Um der mich bedrohenden Unannehmlichkeit zu entgehen, packte ich am andern Morgen meinen Mantelsack, ließ ihn forttragen, ehe Berthold erwachte, und fuhr mit einem Personennagen nach Frankfurt. Von dort reiste ich mit der Post weiter und traf am nächsten Abend in G. bei meinem Oheim und Vormunde Ehrhard ein.

„Bist du da, Herumtreiber?“ — damit bewillkommte er mich, „ich sehe wohl, man muß dir Daumschrauben anlegen, um dich in dein Glück zu setzen!“

Meine Unzufriedenheit darüber, daß ich meinen Wunsch, nach beendeter Univeritätszeit mich durch Reisen zu erlustigen, durch ihn gestört sehr, verlorchte er und sagte, ich würde schon anders denken, wenn ich erst einlähe, was mir bevorstehe.

„Wir müssen Onkel Paul besuchen, er hat dich Thunichgut zehn Jahre lang

Legationsrath v. Böckh suchte in einem längeren Vortrag die Gründe der Minorität zu beleuchten und zu widerlegen. Ebenso der Oberpost- und Eisenbahndirektor v. Mollenbec, welcher darthut, daß der gegenwärtigen Betriebsverwaltung ebensowenig als der Bauverwaltung etwas zur Last falle. Busch und Schaaff sprechen der gegenwärtigen Einrichtung das Wort, während Gottschalk und Weller mit aller Anerkennung der ausgezeichneten Verdienste des Direktors um unseren Eisenbahnbetrieb den Antrag der Minorität verteidigen, der bei der Abstimmung angenommen wird. — Hierauf wird die Sitzung nach 1 Uhr geschlossen.

† Karlsruhe, 14. August. Der großherzogliche Staatsminister v. Busch ist wegen fortdauernden Unwohlseyns vor einigen Tagen zum Gebrauch einer Badekur nach Wildbad abgereist.

Baden, 11. August. (Illust. Fremdenl.) Seit einigen Abenden hat die Promenade eine neue Zierde erhalten. Die Administration des Konversationshauses hat zwischen der Kolonnade desselben Gasflammen anbringen lassen, welche einen sehr schönen Effekt hervorbringen. Besonders wirksam ist dieser, wenn man durch die geöffnete Hauptthüre aus der röhlichen Beleuchtung des Saales einen Blick hinaus auf die Säulen wirft, die dann wie von bengalischem Feuer beleuchtet erscheinen. Die Laternen wurden bei Nacht an Ort und Stelle geschafft, und das Publikum hatte am Abende diese Ueberraschung. Man muß der Administration das Zeugniß geben, daß sie es an fortwährender Aufmerksamkeit für die Badegesellschaft niemals fehlen läßt.

Aus dem Kurfürstenthum Hessen, 11. August. (F. Z.) Professor Dr. Bayrhoffer zu Marburg ist, im Begriffe, gegen die neulich über ihn verhängte Ordnungsstrafe bei dem Ministerium des Innern zu remonstriren, durch ein neues Reskript überrascht worden, welches ihm Absetzung von seinem Lehramte und eine bevorstehende gerichtliche Untersuchung ankündigt.

Dresden, 7. August. (Nach. Z.) Das Parteileben scheint sich bei uns immer mehr, immer offener auszubilden. Die Grundaristokratie, die Konservativen, die früher eine Bethheiligung an der Presse tief unter ihrer Würde hielten, haben um Konzession zu einer Zeitung nachgesucht, die baldigst in's Leben treten soll. So viel ich höre, hat sich dazu ein Aktienverein mit 15 — 20,000 Thln. Kapital gegründet, an dessen Spitze der Abg. Freiherr v. Gablenz steht; außerdem nennt man v. Thielau, Jani und Ziesche. Letzterer ist aber durch den Fall des Hauses Hink u. Komp. so schwer getroffen, daß er seine Gelder von dieser Unternehmung leicht zurückziehen dürfte. Die neue Zeitung wird den Titel „Verfassungsfreund“ führen; als Redakteur bezeichnet man den Dr. Karl Krause, den Verfasser der „Deutschen Schwurgerichte“, also einen ehemaligen Liberalen.

Köln, 12. August. Die „Kölnische Zeitung“ bringt heute folgende „amtliche Bekanntmachung“: Mit dem Abende am 4 d. M., an welchem leider Unordnungen ernster Art durch die bewaffnete Macht unterdrückt werden mußten, schloß die Martinskirche. Es war zu erwarten, daß mit dieser Veranstaltung auch die Ruhestörungen selbst ihr Ende finden würden. Weiteres Einschreiten war, so lange die Ruhe sich erhielt, nicht erforderlich. Für den Fall neuer Unordnungen aber hielten sich die Truppen auf den Wachposten der Stadt und in den Kasernen zu sofortigem Einschreiten bereit. Dies wurde den Mitgliedern der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft, mit denen die Unterzeichneten am Morgen des 5. Rücksprache nahmen, mitgetheilt. Gern wurde dabei das Anerbieten angenommen, in Gemeinschaft mit andern gutgesinnten Bürgern auf Straßen und Plätzen der Bevölkerung zuzusprechen, um sie zu einer ruhigen Haltung zu bewegen. Den Erfolg dieser Bemühungen hat die Stadt im Interesse der öffentlichen Ordnung mit Dank anzuerkennen. So ist die letzte Woche ohne neue Ruhestörungen vergangen. Wir sehen daher die Zeit der Besorgniß als beendet an und werden die außergewöhnlichen bis dahin noch von dem Militär getroffenen Vorkehrungen aufheben lassen. Zu dem guten Sinne Kölns haben wir das Vertrauen, daß die gesetzliche Ordnung, auf der das Heil der Stadt und des Vaterlandes wie das Wohl jedes Einzelnen beruht, auch fernerhin vor jeder Störung bewahrt bleibe. Köln, den 11. August 1846. Der Kommandant, von der Luidt, Generalleutnant. Der Regierungspräsident, v. Raumer.

Berlin, 7. August. (M. Z.) Die Generalsynode hat vor Kurzem ihre Verhandlungen über die Symbolfrage beendet. Die Beschlüsse, welche sie in dieser wichtigen Angelegenheit gefaßt hat, werden einen eben so bedeutenden als glücklichen Einfluß auf die fernere Gestaltung unserer kirchlichen Verhältnisse ausüben. Die Synode hat mit überwiegender Mehrheit die ordinatorische Verpflichtung der Geistlichen auf die Symbole und Bekenntnisschriften verworfen, und es der subjektiven Ueberzeugung der Erstern überlassen, in wie weit sie dieselben zur Basis ihrer Lehre machen wollen. Es ist diese Entscheidung der Synode um so anerkennenswerther, als die große Mehrzahl ihrer Mitglieder zu entschieden orthodoxen Ansichten sich bekennen, und dieselben also den Beweis hoher Unparteilichkeit und vorurtheilsfreier Würdigung selbst entgegenstehender Meinungen gegeben haben. Indem auf der einen Seite der so vielfach angegriffene Symbolzwang aufgehoben ist, so ist doch jede aggressive Polemik der

Geistlichen auf die Symbole untersagt, weil der Glaube eines großen Theils der protestantischen Gemeinden in ihnen seine Wurzel habe. Die Debatten über diese Frage sind mit großer Lebhaftigkeit geführt worden. Was der Entscheidung der Majorität ein noch höheres Gewicht verleiht, ist der Umstand, daß mit ihr die meisten Vertreter der theologischen Fakultäten, worunter Namen von hohem Ruf in der theologischen Wissenschaft, gestimmt haben, nämlich Julius Müller aus Halle, Bogt aus Greifswalde, Dorner aus Königsberg, Sack und Rigsch aus Bonn, während sich auf Seite der Minderheit nur Westen aus Berlin befand. Einer der entschiedensten und eifrigsten Vorkämpfer der Letztern, welche übrigens bei der Abstimmung aus nicht mehr als 17 Stimmen bestand, war der Professor Stahl, der sich überhaupt als einen der gewandtesten Redner der Versammlung gezeigt hat. Während nun die Freisinnigkeit und Unabhängigkeit der Synode, welche die von ihr gehegten Erwartungen bei weitem übertrifft, einen sehr günstigen Eindruck auf die öffentliche Meinung gemacht haben, erschien die Kabinettsordre vom 22. Juni an die Magistrate, und es wollte den Anschein gewinnen, als sey das Verhalten der Synode in Betreff der an die Laienmitglieder eingesandten Adressen höchsten Orts mißfällig aufgenommen worden. Diese Auffassung der Sache wurde dadurch bekräftigt, daß der Kultusminister der Synode eine offizielle Mittheilung dieser Kabinettsordre machte. Es war zu erwarten, daß von Seite der Versammlung irgend ein Schritt geschehen würde, um eine bestimmte Erklärung hinsichtlich des Sinnes und Zweckes der Kabinettsordre, sofern sich dieselbe auf die Synode bezog, zu erhalten. Am 4. August beantragten zwei weltliche Mitglieder für die Provinzen Pommern und Preußen: die Versammlung möge, da in der königl. Kabinettsordre ein allerhöchstes Mißfallen über ihr den eingesandten Adressen gegenüber beobachtetes Verhalten ausgesprochen zu seyn scheine, eine Adresse an den König beschließen, worin sie ihr Verfahren durch Angabe der Gründe, die sie dabei geleitet, rechtfertige, und zu gleicher Zeit die Protokolle der Sitzungen, in denen diese Angelegenheit verhandelt sey, zur Kenntniß Sr. Maj. bringen. Dieser Antrag fand sogleich die erforderliche Unterstützung. Der Kultusminister erklärte hierauf: man sey im Irrthum, wenn man glaube, daß in der Kabinettsordre ein Tadel des Königs gegen die Versammlung enthalten sey. Der König sey vielmehr mit allen seither gepflogenen Verhandlungen der Synode und mit ihrem ganzen bisherigen Verhalten vollkommen zufrieden. Durch Mittheilung der Kabinettsordre habe man der Versammlung nur eine Aufmerksamkeit erweisen wollen, keineswegs aber eine Rüge gegen dieselbe beabsichtigt. Sowohl die Antragsteller als die Versammlung erklärten sich durch diese Erläuterung des Ministers für befriedigt, und dem Antrag ward daher keine weitere Folge gegeben. Uebrigens findet die Freisinnigkeit und Unparteilichkeit, womit der Minister Eichhorn, als Vorsitzender, die Verhandlungen der Synode leitet, von Seite der Synodalen die ungeheilteste Anerkennung.

Kiel, 7. August. (Wes. Ztg.) Heute Nacht traf mit dem Dampfschiff „Löwen“ der Herzog von Augustenburg mit seinen beiden Söhnen von der Insel Alse hier ein; er hatte alle Ehrenbezeugungen zu umgehen gewußt, und reiste heute Morgen in größter Frühe weiter nach Gutin, wie es heißt, um dem Großherzog von Oldenburg einen Besuch abzustatten. Der Großherzog von Oldenburg, wenn auch bekanntlich der entfernteste Agnat zu Schleswig-Holstein, erhält doch, da er außer dem Könige der einzige Bundesfürst im oldenburgischen Hause ist, eine nicht geringe Bedeutung. Man erwartet, daß der Herzog von Augustenburg mit demselben seine Schritte verabreden wird. Unbegreiflich ist das Gerücht, als ob der Herzog von Augustenburg dem dänischen Interesse gewonnen sey. Man weiß, daß schon unter der Regierung Friedrich VI. mit dem Herzoge Unterhandlungen angeknüpft wurden, um denselben gegen Einräumung des Herzogthums Lauenburg zum Verzicht auf sein Erbfolgerecht zu bewegen, und daß dieselben sofort von dem Herzoge zurückgewiesen wurden. Vor fünf Jahren wurde dann gegen Verzicht auf Schleswig die Anerkennung der augustenburgischen Erbfolge in Holstein angeboten, aber auch dies abgelehnt. In der schleswiger Ständeversammlung zeigte sich der Herzog als Vorkämpfer für die deutsche Nationalität und die Selbstständigkeit der Herzogthümer.

Kiel, 8. August. (Wes. Z.) Die Regierung hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben, eine Ständeversammlung zu erhalten, welche sie auf dem Wege, den sie eingeschlagen, unterstützen könnte. Wie gering auch diese Hoffnung seyn mag, unterm 6. d. M. sind schon die Berufungsschreiben an die Stellvertreter zum 15. August erlassen. Man wird sich nur die Erfahrung gewinnen, daß es unmöglich ist, Männer zu erhalten, die am Untergange ihres Vaterlandes mitarbeiten wollen. Schon heute haben die Stellvertreter der Stadt Kiel ihre ablehnende Erklärung eingesandt, motivirt durch dieselben Gründe, welche die Abgeordneten zu Protokoll gaben. Da diesem Beispiele die meisten wenn nicht alle Stellvertreter folgen werden, und für die von der Regierung ernannten Abgeordneten keine Stellvertreter existiren, so ist das Scheitern des Regierungsplans ersichtlich. Hinzufügen will ich noch, wie die Regierung durch ihr Verfahren die Selbstauflösung selber zur Nothwendigkeit machte. Es ist That-

nicht gesehen; mache dich aber nett und fein, du triffst dort schöne Augen, die dich prüf'n," war am folgenden Tage seine Ermahnung, und er mußte meinen Anzug mit einer Sorgfalt, als gälte es ein Königreich zu gewinnen.

Zu Mittag fuhren wir weg; in einer Stunde waren wir in Ueberau, dem Wohnsitz des Onkels Paul.

„Exit auf, wie ein junger Mann, der in Berlin polirt worden ist, bescheiden, aber sicher und bleibe keine Antwort schuldig," war seine Ermahnung beim Aussteigen, und ich beschloß, ihm zu folgen.

„Das ist unser Ferdinand?" fragte Oheim Paul mit einer gewaltigen Waffstimme, und wälzte seine stattliche Figur uns entgegen.

Ich erkannte, als ich ihn verlassen hatte, war er ein schwächlicher, unansehnlicher Mann; so trug ich sein Bild in Gedanken, und hätte nie vermuthet, in ihm einen solchen Koloss zu finden.

„Nun herauf, Patron," hieß es, „jetzt bist du in unsere Zucht gekommen, und wirst nicht eher entlassen, als bis du Buße und Gutes thust. Schick dich das, zehn Jahre lang um den Bruder seiner Mutter sich gar nicht zu kümmern? Vorläufig bleibt er acht Tage hier, davon wird nichts erlassen; dann wird er nicht fort wollen, aber wir jagen ihn; das ist unsere Rache, nicht wahr, Bruder Gerhard?"

Dieser lachte, und sagte: „Wir wollen sehen!" „Marisch in den Speisesaal!" — befahl Paul, und nahm mich an der Hand mit.

„Gib Acht, jetzt kommt deine Cousine Sophie," ermahnte er, und durch die andere Thür trat ein Mädchen herein, der ich, obwohl ein Neuling in der Frauenwelt, den ersten Rang an Schönheit und Liebendwürdigkeit sogleich zugestand. Ihr

Buchs war vom schönsten Ebenmaße; kohlschwarze, reiche Flechten ihres Haars erhoben das Eisenbein ihrer Seiten und die Rosen ihrer Wangen; glühend strahlte ihr dunkles Auge auf mich, daß ich ihren Blick bis in die Seele fühlte, aber mir schien etwas Bärmendes darin zu liegen. Dabei ließ ich den Blick sinken, unwillkürlich hestete er sich auf ihren schlanken, schneeweißen Hals und die reiche Fülle ihres Busens, der sehnsüchtig sich hob und senkte.

„Das ist Better Ferdinand! das Cousine Sophie!" rief Paul, „umarmt euch, gebt euch einen Kuß; so gehört es sich unter so nahen Verwandten!"

Als ich zögerte, nahm er Sophie, seine Tochter und legte sie mir in die Arme; es durchzuckte mich wie ein Blitz, als ihre schwellenden Lippen auf den meinigen brannten und ihr Engelsauge dicht vor mir strahlte.

„Bravo, Kinder, das eure erste Begegnung, nun seht euch nebeneinander und bleibt freundlich, das rathe ich euch!" — erinnerte Paul, und wir setzten uns.

Die Suppe war schon ausgegeben, als die Thür wieder knarrte und noch ein Mädchen eintrat. Sie grüßte mich mit einer Verneigung und setzte sich mit an den Tisch, stützig dankte ich, — meine Aufmerksamkeit gehörte nur Sophien, und erst als Oheim Paul mir sagte: „Das ist deine Cousine Adelheit!" mußte ich sie oberflächlich. — Ihr Aeußeres war schlüchtern, ein sanftes, blaues Auge warf einen schüchternen Blick auf mich, und schlug, als es mir begegnete, nieder; ihr Anzug war sehr einfach, aber fein und wohl gewählt. — Inbess'n Sophien's Feuerblick, ihre bezaubernde Nähe, ließen keinen andern Gedanken als an sie mich nähren, und was ich sprach, weiß ich nicht, allein unsere Unterhaltung ward so lebendig, daß wir alles Andere um uns vergaßen.

(Fortsetzung folgt.)

sache, daß der k. Kommissär dringend die Auflösung der Versammlung, welche diese selbst wünschte, von der Regierung forderte. Dieselbe glaubte aber, daß sie jede Remonstrations gegen den offenen Brief verboten hatte, nunmehr sicher zu seyn, und auf die Unterstützung der Versammlung in Betreff der Verwaltung rechnen zu können. Dies war eine von den vielen Täuschungen, in welche in letzter Zeit die Regierung gefallen ist. — Wie wir aus guter Quelle vernehmen, sind die Proteste des Herzogs von Augustenburg und des Herzogs von Glücksburg, dessen Protest sich an ersteren angeschlossen, am 2. August dem Könige in einer besonderen Audienz überreicht worden. Es heißt, daß der Herzog von Augustenburg sich entweder schon an die Bundesversammlung gewendet hat oder an dieselbe wenden wird. — Ueber die Einberufung der Stellvertreter ist Folgendes zu bemerken. Die hollsteinische Ständeversammlung besteht aus 48 Mitgliedern, von denen mindestens 36 anwesend seyn müssen, um gültige Beschlüsse zu fassen. Ausgetreten sind bekanntlich 42 Mitglieder, unter denen bereits einige Stellvertreter waren, die Birlikstimmen aber haben gar keine Stellvertreter, und in manchen Distrikten sind die Posten der Stellvertreter vakant, so daß im allergünstigsten Falle, wenn nämlich alle vorhandenen Stellvertreter (was gar nicht anzunehmen) der Einladung nach Ipehoe Folge leisten sollten, nur 21 erscheinen würden, die mit den zurückgebliebenen 6 Mitgliedern noch immer nicht eine beschlußfähige Zahl konstituieren würden. Es ist unmöglich zu glauben, schreibt man aus Kiel dem „Hamb. Korresp.“, daß die Regierung, als sie die Einberufung der Stellvertreter dekretirte, nicht vollkommene Kenntniß dieser numerischen Verhältnisse gehabt habe. Hat es daher nicht vielleicht in ihrer Absicht gelegen, dem Lande die Unmöglichkeit der augenblicklichen Fortsetzung der Ständeversammlung ad oculos zu demonstrieren, und hierauf sich stützend, weiter zu verfahren, so muß man als sicher annehmen, daß selbst für den Fall, wo sich die gesetzlich verlangten 36 nicht einfänden sollten, die Regierung irgend eine exzeptionelle Maßregel in Petto habe, die Wiederaufnahme, oder richtiger gesagt, den Beginn der Geschäfte der Ständeversammlung selbst im defekten Zustande möglich zu machen.

Wien, 8. August. (Korresp.) Die Redaktion der „Allg. Ztg.“ hat von der österreichischen Regierung wegen der Auswanderung der Württemberger nach Ungarn und Siebenbürgen neulich erlassenen u. im „Schwäbischen Merkur“ bekannt gemachten Erklärung den Kopf abgeschlagen, indem sie bei Mittheilung derselben den Eingang wegließ, welcher lautet: „es sey keineswegs die Absicht der Regierung, die Auswanderung nach Ungarn zu hemmen oder zu stützen.“ Da es durch Auslassung dieser Versicherung den Schein gewinnen könnte, als sey deutsche Einwanderung nach Ungarn eine den Wünschen der österreichischen Regierung zuwiderlaufende Sache, so erachten wir für angemessen, zu sagen, eine solche Meinung, wenn sie Platz griffe, wäre zuverläßig irrig. Die Regierung hat gar nichts gegen die Einwanderung, sondern läßt sie vielmehr gerne geschehen, weil die Bevölkerungszunahme durch Ackerbau treibende Ungarn wesentliche Kulturvorteile verschafft. Da aber eine ohne alle Vorkehrungen stattfindende Einwanderung einer großentheils ganz mittellosen Volksmenge Uebelstände herbeiführt, deren Beseitigung weder dem Lande Ungarn noch der Regierung möglich ist, und wegen welcher gleichwohl beide, wie die Erfahrung gelehrt hat, Angriffe von der deutschen Presse erfahren, so hat die Regierung wahrlich Recht gethan, der ungeordneten Einwanderung durch Festsetzung von Bedingungen einer gestrichelten Aufnahme in eine Gemeinde und des Besitzes von 800 fl. Vermögen eine feste Schranke entgegen zu stellen. Veranlassung, diese Bestimmungen zu treffen, gab vermuthlich der auf Anregung des Pfarrers Roth in größerem Maßstabe geschebene Auswanderungszug von Württembergern, unter welchen so viele ganz Dürftige waren, daß man, wie wir hören, in Ungarn sich bewogen fand, Geldsammlungen anzustellen, um ihrer Noth einigermaßen abzuhelfen. Ueber den angeblichen Kinderverkauf äußern sich die Ungarn treffend, indem sie, selbst ganz in Abrede stehend, bemerken: die Schwaben haben ihre Kinder nicht zum Kaufe ausgeboten, und wir hätten sie nicht gekauft, wenn es geschehen wäre. Dagegen dürfte anzunehmen seyn, daß von den Komitatens Vorstellungen, derartiger Einwanderungen wegen, gemacht wurden, und daß die Regierung sich in Folge dessen veranlaßt sah, Bedingungen daran zu knüpfen, welche eigentlich für sie und die Eingewanderten mehr als ausreichende Bürgschaft des Fortkommens gewähren; denn um eine Wirthschaft, welche eine Familie nährt, herzustellen, bedarf es keiner 800 fl., da nach Lokalverhältnissen auch mit weniger ausgereicht wird. Im Uebrigen ist hauptsächlich zu bemerken, daß die Festsetzung dieser Bedingungen kein Hinderniß ist, auch ganz Mittellose in Ungarn unterzubringen; denn werden diese als Tagelöhner von einer Gutsherrschaft angenommen, u. vermögen sie sich hierüber gehörig auszuweisen, so steht ihrem Eintritte in das Königreich Ungarn gewiß nichts entgegen. So wie wir den Sachverhalt zu kennen glauben, dürfte selbst die strikte Formulierung obiger Bedingungen mancherlei Modifikationen zulassen, wenn nur anders für eine bestimmte Aufnahme bei einer Gemeinde gesorgt ist. Das ist nun aber auch im Interesse der Auswandernden selbst Hauptsache, und dafür eben müßte ein Verein thätig werden. Wir haben mehr als einmal von der auf Gerathewohl gepflogenen Auswanderung nach Ungarn in diesen Blättern abgerathen, und thun dies abermals mit der Bemerkung, daß in solchem Falle die Ankömmlinge entweder Gefahr laufen, Mählern in die Hände zu fallen, welche sie unter wenig günstigen Bedingungen unterbringen, oder daß, im Falle sie durch eigene Bemühung ein Unterkommen zu erhalten suchen, sie lange Zeit im Lande umherziehen müssen, bis ihnen ihr Vorhaben gelingt. Natürlich zehren sie sich bei geringen Mitteln leicht bald auf, wenn nicht in vorhinein für ihre Aufnahme gesorgt ist. Es ist also unter den derzeitigen Umständen sicherlich das Gerathenste, von der Auswanderung nach Ungarn ganz abzulassen und den Zeitpunkt abzuwarten, der eine förmliche Einrichtung derselben gebracht haben wird. Sehr ferne kann dieser günstige Zeitpunkt kaum mehr seyn, nachdem von der überseeischen Auswanderung eine Summe von Erfahrungen gewonnen ist, welche sie theils als leere politische Träumerei, als Geldspekulation, immer aber als unbefriedigend im Ganzen herausstellt. Sollte hierdurch nicht zuletzt der ganzen Nation klar werden, was sich bei vielen Einzelnen längst schon als ausgemachte Wahrheit festgesetzt hat, nämlich, daß man in Zukunft ausschließlich den Öfen unsers Welttheils in's Auge fassen müsse, um für die Auswanderungssache einen festen Boden zu gewinnen und sie einem sichern Erfolg zuzuführen? Sollte nicht aber endlich auch zu erwarten seyn, daß man vom vielen Reden zum Handeln kommen und der unzähligen pia desideria zuletzt sich zu schämen anfangen werde, zumal die fortdauernde Bedrängniß der Auswanderer denen fast schon an's Gewissen greift, die durch ihre Stellung in der Gesellschaft berufen sind ihr abzuhelfen. Die Unthätigkeit in der Auswanderungssache ist, als Gegensatz zur leidenschaftlichen Vertretung konfessioneller und persönlicher Rechte Ein-

zelner in's Auge gefaßt, von so schneidender Differenz und eigenthümlich scharfer Ausprägung der dermaligen deutschen Zustände, daß die Männer des Vaterlandes mit ihrer Stimmenerhebung gegen den Abweg, auf welchen man in der Politik gerathen ist, nicht länger zurückhalten sollten; denn, wie die Auswanderungssache klar darthut, werden die gegebenen realen Volksbedürfnisse von den Meinungsinteressen verschlungen, was zur unvermeidlichen Folge hat, daß die ohnedies schwach entwickelte Thatkraft der Nation gar nicht rührig und werkräftig werden kann. Diese Wahrheit kann Anstoß finden, ist aber dieserwegen nicht minder Wahrheit, noch ist sie zu verschweigen. (A 492)

Frankreich.

§§ Paris, 12. August. (Korresp.) Das „Journal des Debats“ enthält heute einen sehr beachtenswerthen Artikel, der gegen den heftigen Ausfall der „Times“ auf den König der Franzosen und dessen Intervention in der spanischen Heirathsangelegenheit gerichtet ist. Das „Debats“ erklärt vor Allem, daß es diesen Artikel keineswegs als den Ausdruck der Gesinnungen der englischen Regierung betrachte; eine Regierung, die zu einer andern über internationale Angelegenheiten spreche, wähle hiezu einen würdigeren und gemäßigteren Ton, als jener des Artikels der „Times“ sey. Auch Lord Palmerston wird von jeder Schuld an dem Artikel losgesprochen, dagegen aber bemerkt, eines der Mitglieder des jetzigen Whigkabinetts, Lord Clarendon, möge demselben nicht fern stehen. Lord Clarendon, meint das „Debats“, erinnere sich zu viel an die Niederlage, die er als Sir Georges Villiers und englischer Gesandter in Madrid dem französischen Einflusse gegenüber erlitten habe, und wolle jetzt seine Revanche nehmen. Es sey sonderbar, daß dieselben Personen, die vor einigen Monaten (nach Peel's erster Demission) Lord Palmerston aus dem neuen Kabinete ausschließen wollten, weil er mit Frankreich auf keinem ganz guten Fuße stehe, jetzt auf ein Mal selbst so feindlich gegen Frankreich auftraten und zu Schritten trieben, die das gute Einverständnis zwischen beiden Ländern gefährden müßten. Leider sey das neue Whigkabinet noch nicht zu der gewünschten Homogenität gelangt, man habe den Forderungen einiger bedeutenden Mitglieder große Konzessionen machen müssen; allein sehr zu bedauern sey, wenn man zum Gegenstande dieser inneren Streitigkeiten die internationalen Verhältnisse zwischen Frankreich und England mache. — Was den Grund der Frage betrifft, so erklärt das „Debats“, die Heirathsfrage sey weder eine französische, noch eine englische, noch eine österreichische, sondern eine spanische; und wenn die „Times“ Frankreich vorwerfe, die Kandidatur eines Bourbons zu begünstigen, so falle sie in denselben Fehler, indem sie der spanischen Nation einen Koburg aufzuzwingen wolle. Genug, der Artikel des „Debats“ zeigt, daß zwei Monate, nachdem das Toryministerium Peel abgetreten ist, die entente cordiale auch schon in ihren Grundlagen erschüttert ist, und daß man darauf gefaßt seyn darf, Espartaco eine Expedition im englischen, Narvaez eine ähnliche in französischem Interesse versuchen zu sehen. Auf Ruhe ist in Spanien noch lange nicht zu rechnen, und der jetzige Zustand nur ein Waffenstillstand, um sich zu rüsten. — Joseph Henry wurde gestern Morgens um 6 Uhr unter starker Bedeckung in den Tuileriegarten gebracht, wo die Kommission der Pairskammer ihn an Ort und Stelle der That über alle Umstände befragte; erst um 8 Uhr war das Verhör beendet und der Garten wurde dann erst dem Publikum geöffnet.

§§ Paris, 12. August. (Korresp.) Minister Salvandy ist gestern Abend in Paris angekommen; Herr Guizot wird morgen erwartet, und der König verläßt Eu am 14. d. M. und trifft am 15. in Paris ein. Die Deputirten kommen ebenfalls nach und nach an, gestern waren schon über 140 da; auch der Konferenzsaal der Kammer wird schon belebt; die neuen Deputirten sind in der Mehrzahl; sie wählen sich ihre Plätze im Sitzungssaale. Sonntag, den 16. d. M., findet eine vorbereitende Sitzung Statt, um das provisorische Bureau zu bilden. Alterspräsident wäre Hr. Dupont (Depart. de l'Essonne); aber da dieser als einer der Führer des alten Radikalismus den Empfang und die Begrüßung des Königs vermeiden will, so erscheint er nie zu den ersten Sitzungen; Herr Sapin wird also Alterspräsident seyn; die vier jüngsten Deputirten versehen die Funktionen der provisorischen Sekretäre; es sind dies der Marquis von Guiche, der Marquis von Canellane und die Herren Hallez-Claparede und Saglio. Die Kammer theilt sich durch das Loos in neun Bureaux, jedes von 51 Mitgliedern, die ihren Präsidenten und Sekretär wählen. Diese Bureaux prüfen sodann die Vollmachten der Deputirten, die ebenfalls durch das Loos unter sie vertheilt werden; die unbeschränkten Wahlen werden sogleich der Kammer zur Gutheißung vorgelegt, die beanstandeten noch durch besondere Kommissionen geprüft, auf deren Bericht hin die Kammer dann in letzter Instanz entscheidet. Nach der Prüfung aller Wahlen erfolgt erst die Wahl des definitiven Bureau; d. h. des Präsidenten, der vier Vizepräsidenten, der vier Sekretäre, die für die Session, dann der Quästoren, die für die Dauer der ganzen Legislatur gewählt werden. Das Ministerium behält Herrn Sauzet als seinen Kandidaten für die Präsidentschaft; die Opposition schwankt zwischen Dupin und Dufaure. — Das Casé Durand war gestern Abend noch der Schauplatz großer Aufregung. Nachdem der Kaffeewirth am Abend vorher verhaftet und zum Polizeikommissär gebracht worden war, versüßte sich dieser mit allen Beteiligten in das Kaffeehaus und befahl, daß die beiden Arbeiter in Blousen sogleich und in seiner Gegenwart bedient würden. Als jedoch die Volksmenge außen mit dieser Satisfaction noch nicht zufrieden war, mußte der Kaffeewirth seine Wirthschaft schließen, worauf sich Alles verließ. Gestern sammelten sich wieder zahlreiche Haufen vor dem Kaffeehause, mehrere Leute in Blousen verlangten Bier, Kaffee u. s. w. und wurden ohne Anstand bedient; Polizeiaagenten waren zahlreich anwesend, und so ging der Abend ohne weitere Folgen vorüber.

Vom Mittelrhein, 10. August. (Rh. B.) Als ein auffallendes Ergebnis der großen Sommerhitze dieses Jahres bietet sich dem Beobachter unter Andern auch der bereits vor acht Tagen erfolgte Abzug der Störche. Gewöhnlich brechen diese Vögel erst zu Ende des August auf, um sich nach süblichen Gegenden zu begeben. Diesmal, wo die früh eingetretene Ernte, verbunden mit der Austrocknung fast aller Gräben, Pfützen, Sümpfe u. s. w. die Ernährung der Störche sehr erschwert und ihnen sehr fühlbaren Mangel auferlegt hat, sind sie schon vier Wochen früher solchen Gegenden zugeeilt, wo sie instinktmäßig sich besser nähren zu können wissen. Es handelt sich also bei diesem frühen Ausbruch keineswegs, wie man ziemlich allgemein annimmt, um einen nächst bevorstehenden rauhen Herbst und darauf folgenden strengen Winter, sondern einzig und allein darum, daß es den Störchen, die wahrlich keine Propheten sind, an hinlänglichen Subsistenzmitteln in unseren Gegenden ge-
fehlt hat.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.

